

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: D'AMATO Gianni [mailto:Gianni.Damato@unine.ch]
Gesendet: Dienstag, 2. Juni 2015 10:06
An: Rutishauser Arthur; Eberhard Fabian

Betreff: Stellungnahme auf den SZ Artikel « EU-Studie gibt Schweizer Ausländerpolitik miserable Noten » und den Kommentar von Chefredakteur SZ Arthur Rutishauser vom 24. Mai 2015

Sehr geehrter Herr Rutishauser,

sehr geehrter Herr Fabian,

Wegen einem Auslandsaufenthalt kann ich erst jetzt Stellung nehmen auf den obengenannten Artikel, der in der « Sonntagszeitung » (TA-Media) vom 24. Mai 2015 erschienen ist.

Als nationales Partnerinstitut für die MIPEx-Studie wurde das Schweizerische Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien (SFM) der Uni Neuchâtel von Herrn Fabian angefragt, ob die Sonntagszeitung über den Schweizer Launch der 2015er MIPEx-Studie exklusiv berichten dürfe. Wir haben uns über die Anfrage gefreut und für die Lancierung der Studie Herrn Fabian mit Informationen versorgt, um eine sachgerechte Darstellung sicherzustellen.

Selten zuvor hat ein Berg an Informationen inhaltlich so eine kleine Maus geboren wie in Ihrem Beitrag. Leider sind Sie nicht einmal annähernd bis zum Kern der Studie vorgestossen, sondern bei der Frage des Rankings stehengeblieben. Was bestenfalls als Aufhänger für Vertiefungen hätte dienen können, wird zum Stein des Anstosses. So empört sich Herr Rutishauser in seinem Kommentar in despektierlicher Weise über ein «Machwerk», das der Schweiz nicht den ihr gebührenden Platz einräumt. Offensichtlich darf die Schweiz nichts mehr lernen von anderen Gesellschaften, schon gar nicht von Nachbarn wie Frankreich. Es ist zu vermuten, dass Herr Rutishauser genauso oberflächlich andere Politiken beurteilt wie er Studien liest.

MIPEx vergleicht in Europa Regelsetzungen und deren Umsetzung. Somit verweist es primär auf das «Machwerk» des Gesetzgebers. Dass die Schweiz einen flexiblen und kompetitiven Arbeitsmarkt hat, der eine grosse Wirkung auf die Integration hat, wird von niemandem bestritten, ist aber auch nicht Gegenstand dieser Studie. Die Schweiz hinkt indes in verschiedenen Politikbereichen anderen Staaten hinterher. Nun kann man zu Antidiskriminierungsgesetzen stehen wie man will. Es ist aber unbestritten, dass gesetzliche Rahmenbedingungen einen unmittelbar erfahrbaren Einfluss auf das Leben von Menschen haben, insbesondere von Drittstaatsangehörigen, die über das Ausländergesetz einer speziellen Gesetzgebung unterstehen. Wie die Schweiz in Bezug auf vergleichbare Staaten dieses Feld regelt und beeinflusst, interessiert Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

Wenn also bei uns mehr als anderswo der Familiennachzug beschränkt wird, die Einbürgerungsgesetzgebung die staatsbürgerliche Inklusion eher behindert als fördert, und wenn Drittstaatsangehörige bei der Niederlassung keinen Support erhalten, mag dies vom Souverän gewollt und politisch legitim sein. Aber es ist nicht ohne Konsequenzen für die Integration und das künftige Zusammenleben.

Bekanntlich ist das Salz der Demokratie die Auseinandersetzung um Ideen. Es muss also möglich sein, die gesetzliche Lage in der Schweiz und deren Umsetzung mit anderen zu vergleichen, ohne gleich der Weltfremdheit bezichtigt zu werden, selbst wenn der Mainstream heute skeptisch gegenüber Rechten für Einwanderer sein sollte. Einwanderung und Migration gibt es als Faktum und wird es auch in Zukunft geben. Erkenntnisverweigerung und der kindliche Wunsch, sich immer als Nummer Eins preisen zu lassen, hat in den letzten Jahren die Schweiz bekanntlich nicht weiter gebracht. Dass diese Unfähigkeit zur Selbstreflexion letztlich auch mit einer bedenklichen Erosion der Medienlandschaft und ihrer abnehmenden Fähigkeit zu tun hat, kompetent über das Geschehen zu berichten, ist bedauerlich und kein gutes Zeichen für unsere Demokratie.

Prof. Dr. Gianni D'Amato

Universität Neuenburg

Direktor SFM